

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

22.07.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Putin gibt wieder Gas, Habeck bremst</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 22.07.2022</i> .....	3
2   <b>Wirtschaft in MV empört sich über erneute Feiertags-Debatte</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 22.07.2022</i> .....	5
3   <b>Atomkraftwerk Isar 2 soll weiterlaufen</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 22.07.2022</i> .....	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 22.07.2022 | S. 10

📄 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

👤 Frank-Thomas Wenzel

## Putin gibt wieder Gas, Habeck bremst

**In Lubmin kommt durch die Pipeline Nord Stream 1 wieder Erdgas aus Russland an. Der Wirtschaftsminister bleibt skeptisch und legt ein striktes Sparprogramm vor.**

Das Erdgas fließt wieder durch die Nord-Stream-Pipeline. Doch das ist kein Grund für eine Entwarnung. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat vielmehr ein zusätzliches Paket zur Sicherung der Energieversorgung angekündigt. Wir erläutern, was auf Verbraucher und Unternehmen zukommt.

Wie will Habeck Erdgas sparen? Das gestern Nachmittag vorgelegte Konzept sieht vor, auf mehreren Ebenen gleichzeitig den Verbrauch zu drücken. Dazu gehören auch Vorgaben beim Heizen von Wohnungen. Insbesondere will Habeck Mietern die Möglichkeit geben, die Heizung herunterzudrehen. Derzeit gebe es häufig Verpflichtungen für Mindesttemperaturen. Wenn Mieter dann weniger heizen wollten, würden sie gegen die Mietverträge verstoßen. Diese Regelungen sollen vorübergehend ausgesetzt werden, damit Mieter, „die die Heizung herunterdrehen wollen, dies auch tun dürfen“.

Welche weiteren Einschnitte sind geplant? Habeck kündigte Verordnungen für öffentliche Einrichtungen und Bürogebäude an. So sollen Räumlichkeiten, in denen sich Beschäftigte nicht regelmäßig aufhalten, nicht mehr beheizt werden - gemeint sind etwa Flure, Treppenhäuser, Foyers oder Technikräume, sofern technische Anforderungen wie zum Beispiel für Serverräume nicht dagegen sprechen. Zudem soll mit Arbeitgebern, Betriebsräten und Gewerkschaften über Einsparungen in Büros und anderen Betriebsstätten verhandelt werden. Dazu zählt auch mehr Homeoffice. Das mache aber nur Sinn, wenn das Büro, das dann leer stehe, auch nicht mehr beheizt werde, so Habeck.

### **Will die Regierung auch stärker in den Energiemarkt eingreifen?**

Ja. So soll die sogenannte Braunkohlereserve zum 1. Oktober, also mit Beginn der Heizsaison, aktiviert werden. Dabei handelt es sich um mehrere Kraftwerksblöcke, die die Betreiber bereits in Bereitschaft halten. Dies soll helfen, Gaskraftwerke, die sowohl Strom als

auch Wärme erzeugen, zu entlasten. Zudem will der Minister eine schnellere Befüllung der unterirdischen Gasspeicher erreichen: Sie sollen zum 1. September zu 75 Prozent gefüllt sein, zum 1. Oktober statt wie bisher zu 80 Prozent dann zu 85 Prozent und zum 1. November statt 90 zu 95 Prozent. Zudem ist eine Verordnung geplant, um Gasnachfrage aus dem Markt herauszunehmen zu können. Details darüber wurden zunächst nicht genannt.

### **Wie weit sind wir von einem Notstand mit Rationierungen entfernt?**

Der Notstand droht nicht unmittelbar, sondern erst im Winter 2022/23. Die BnetzA teilte am Donnerstag in ihrem täglichen Lagebericht mit: Sollten die russischen Gaslieferungen über Nord Stream 1 weiterhin auf dem niedrigen Niveau - gemeint sind 700 Gigawattstunden täglich - verharren, sei ein Füllstand der Gasspeicher sogar für die bisher geplanten 90 Prozent bis November „kaum mehr ohne zusätzliche Maßnahmen erreichbar“. Der größte Gasverbrauch fällt temperaturbedingt hierzulande im Januar und Februar an. Derzeit sind die Speicher zu rund 65 Prozent gefüllt. Das ist zwar ein relativ hoher Wert. Die Bundesnetzagentur (BnetzA) betont aber: „Aktuell wird mengenmäßig ungefähr so viel ausgespeichert, wie eingespeichert.“ Gasunternehmen nutzen ihre Reservoirs, um ihre Lieferverpflichtungen zu erfüllen.

### **Wie viel Gas wird überhaupt wieder aus Russland geliefert?**

Habeck betonte, Gas werde zwar wieder über die Pipeline Nord Stream 1 gepumpt, aber viel weniger als möglich. Russland sei ein „unsicherer Kantontist“. Klaus Müller, Präsident der BnetzA, teilte auf Twitter mit, dass die realen Gasflüsse „das Vorwartungsniveau von 40 Prozent der Auslastung“ erreichten. Nach den Daten der Nord Stream AG wurde stündlich Erdgas mit einem Energiegehalt von 29,3 Gigawattstunden gen Westen geliefert. Diese Mengen

wurden auch für den Freitag angekündigt. Das würde auf eine tägliche Lieferung von knapp 700 Gigawattstunden hinauslaufen. Das sind die 40 Prozent, die Müller erwähnt hat. Die Gasmengen waren am 11. Juli wegen Wartungsarbeiten auf null heruntergefahren worden.

### **Wie wird es mit dem russischen Gas weitergehen?**

Man habe alle geplanten Wartungsarbeiten „innerhalb des vorgesehenen Zeitraums erfolgreich abgeschlossen“, teilte die Nord Stream AG mit, an der der russische Staatsmonopolist Gazprom die Mehrheit hält. Anteilseigner sind auch die deutschen Energiekonzerne Eon und Wintershall Dea. Müller twitterte: „Die politische Unsicherheit und die 60%ige Kürzung von Mitte Juni bleiben leider bestehen.“ Die schlimmsten Befürchtungen hätten sich zwar nicht bestätigt. Er erinnerte aber an jüngste Aussagen von Kremlchef Wladimir Putin, die darauf hindeuteten, dass die Lieferungen auf 20 Prozent der maximalen Kapazität der Nord-Stream-Leitung absinken könnten. Putin hatte gewarnt, es könne schon Ende Juli „aus technischen Gründen“ wieder deutlich weniger gepumpt werden. Er verwies auf Aggregate, die repariert werden müssten. Die Bundesregierung hält dies für vorgeschoben. Müller betonte, Deutschland sei Russland beim Erdgas momentan ausgeliefert.

### **Gibt es weitere Möglichkeiten um einen Engpass zu vermeiden?**

Die Kapazitäten für den Import aus anderen Ländern

- aus Norwegen und über Belgien und die Niederlande - sind weitgehend ausgeschöpft. Genau deshalb setzt die Bundesregierung jetzt alles auf eine Reduzierung des Verbrauchs. Entlastung könnte kommen, wenn die beiden geplanten schwimmenden Flüssiggas-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven Anfang 2023 tatsächlich in Betrieb gehen können. Nach Schätzungen von Experten lässt sich damit die Abhängigkeit von russischem Gas von derzeit rund 30 Prozent auf 20 Prozent reduzieren. Der Verband „Zukunft Gas“ mahnte gestern an, dass zudem die Genehmigungen für mehrere stationäre Anlagen zügig kommen müssten, damit diese ab 2026 verfügbar seien.

### **Wie sieht es mit den Gaspreisen aus?**

Im Großhandel hat sich der Gaspreis zwar etwas entspannt. Aber Importeure müssen für Lieferungen im vierten Quartal derzeit gut das Siebenfache im Vergleich zum Vorjahr zahlen. Die BnetzA macht auch deshalb darauf aufmerksam, dass Unternehmen und private Verbraucher sich „auf deutlich steigende Gaspreise“ einstellen müssten. Habeck kündigte an, dass es zusätzliche finanzielle Entlastungen für private Haushalte gebe, wenn die neuen Tarife wirksam würden. Das dürfte insbesondere nach dem Jahreswechsel der Fall sein.

### **Zitat-Text:**

**„Russland ist ein unsicherer Kantonist.“ - Robert Habeck (Grüne), Bundeswirtschaftsminister**

## Wirtschaft in MV empört sich über erneute Feiertags-Debatte

*Ein eigener Feiertag für die Europa-Wahl 2024? Der Chef der Staatskanzlei hat eine Debatte angestoßen, die ihm nun mächtig Ärger einbringt.*

**Schwerin/Neubrandenburg.** Bei der Industrie- und Handelskammer in Mecklenburg-Vorpommern ist der Zorn offenbar groß. In einer langen Erklärung hat sich der Wirtschaftsverband gestern empört über die Idee eines zusätzlichen Feiertages zur Europawahl 2024 geäußert. Den Vorschlag habe man „mit großem Unverständnis“ zur Kenntnis genommen – von einem „Tritt in die Kniekehle“ der Wirtschaft ist die Rede in der Mitteilung.

Angestoßen hatte die Debatte der Torgelower Landtagsabgeordnete und Chef der Schweriner Staatskanzlei, Patrick Dahlemann (SPD). Nach einem Brüssel-Besuch in der vergangenen Woche hatte Dahlemann eine angeblich dort laufende Debatte mit zurück in seine Heimat gebracht. Unter den EU-Parlamentariern, so berichtete er, werde diskutiert, die Europa-Wahl 2024 völlig anders zu organisieren als dies bisher üblich war. Zusammengefasst: 2024 könnten erstmals alle Bürger des Staatenverbundes am selben Tag wählen – anbieten würde sich dabei der 9. Mai als sogenannter Europatag, der im Jahr 2024 auf einen Dienstag fällt.

Da in Deutschland aber traditionell an Sonntagen gewählt werde, in MV zudem immer gemeinsam mit den

Kommunalwahlen, äußerte sich Dahlemann selbst eher skeptisch zu dem Vorschlag. Denkbar sei dies allenfalls, so der Staatssekretär, wenn der 9. Mai dann ein Feiertag, möglicherweise in ganz Europa werden würde. Auch diese Idee kursiere in EU-Kreisen, sagte Dahlemann, vermied aber eine klare Positionierung. Es gehe jetzt darum, diese Frage rechtzeitig mit den Kommunen zu diskutieren, die organisatorisch für die Wahlen verantwortlich sind.

Die IHK jedenfalls hält wenig von der Idee, die Wahlen 2024 mit einem Feiertag zu verbinden. Schon beim Beschluss, den Welt-Frauentag zum Feiertag in MV zu erklären, seien die Interessen der Wirtschaft ignoriert worden. „Diese unfassbare Ignoranz gegenüber der Wirtschaft muss endlich ein Ende finden. Herr Dahlemann blendet die analytischen Aussagen der Wirtschaft offensichtlich völlig aus“, schimpft der geschäftsführende Präsident der IHKs in MV, Matthias Belke. Die Unternehmen im Land koste ein zusätzlicher Feiertag rund 60 Millionen Euro, sagt Belke und lässt in der Erklärung auflisten, dass die Wirtschaft ohnehin wegen Pandemie, Energie-Krise, Inflation, Fachkräftemangel und fehlender digitaler Infrastruktur im Land unter Druck stehe.

## Atomkraftwerk Isar 2 soll weiterlaufen

### Grüne und SPD machen den Weg für einen längeren Betrieb des Meilers nahe Landshut frei. Ende des Jahres hätte dieser abgeschaltet werden müssen

München legt angesichts der Energiekrise eine scharfe Wende beim Atomausstieg hin. Eine breite Mehrheit im Stadtrat befürwortet nun eine Laufzeitverlängerung des Kernkraftwerks Isar 2 bis etwa Mitte 2023. Der Meiler nahe Landshut soll Strom für Bayern liefern, wenn die Gaslieferungen aus Russland weiterhin so spärlich fließen oder ganz versiegen. Dafür könnte Isar 2 die jetzt eingesetzten Brennstäbe bis zum Ende ihrer technischen Lebenszeit nutzen und so noch etwa fünf Terrawattstunden Strom erzeugen. Streckbetrieb wird das genannt. Nach bisheriger Beschlusslage hätte das Kernkraftwerk, an dem München zu 25 Prozent und die Firma Preussen Elektra zu 75 Prozent beteiligt sind, Ende 2022 komplett abgeschaltet werden müssen.

Hinter den Kulissen wurde in der grün-roten Koalition schon länger darum gerungen, wie die Stadt reagieren soll, wenn der Krieg Russlands in der Ukraine die Versorgungssicherheit der Menschen in Bayern gefährdet. Ende vergangener Woche gab es eine Sitzung des Aufsichtsrats der Münchner Stadtwerke (SWM), denen die Anteile am Meiler gehören. Dort deutete sich an, dass die Koalition die bisher ablehnende Haltung mit dem Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes aufgeben und aktiv für eine Laufzeitverlängerung eintreten könnte. Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD), der auch Chef des Aufsichtsrats ist, verkündete am Donnerstag dann den Beschluss, „dass ich an die Bundesregierung herantrete und sie auffordere, unter anderem die gesetzlichen Voraussetzungen für einen sogenannten Streckbetrieb für das Atomkraftwerk Isar 2 zu schaffen.“

Der Beschluss im Aufsichtsrat fiel nach Informationen der SZ einstimmig. Das heißt, auch die Vertreter der Grünen mit ihrem Fraktionschef Dominik Krause stimmten für einen zeitlich begrenzten Ausstieg aus dem Atomausstieg. „Angesichts der uns vorliegenden Informationen halten wir es in der aktuell sehr angespannten Versorgungslage für notwendig zu prüfen, ob ein Streckbetrieb zu einer Entspannung beitragen

kann“, sagte er am Donnerstag. Auch Bürgermeisterin Katrin Habenschaden (Grüne) wirbt für eine Notlösung mit Atomstrom. „Sollte der Stresstest des Bundeswirtschaftsministeriums ergeben, dass München ein Engpass bei der Stromversorgung droht, darf ein Streckbetrieb von Isar 2 kein Tabu sein.“

Die Grünen hadern spürbar mit einer Entscheidung, die an die Genetik ihres politischen Handelns und Denkens geht. „Die Verlängerung des Betriebs von Atomkraftwerken, wenn auch nur für wenige Monate, widerspricht unseren politischen Zielen als Grüne“, räumte Krause ein. Er führt den aktuellen Gesinnungswandel auf neue Erkenntnisse bei den Stadtwerken zurück. Diese würden nun in Aussicht stellen, dass sie im Notfall die Fernwärmeversorgung „nahezu ohne Gas“ organisieren könnten, sagte Krause. Das bedeutet, dass die Wärme fast ausschließlich aus der Kohle- und Müllverbrennung im Kraftwerk Nord, der Geothermie und von den auf Öl umgerüsteten Heizwerken kommen könnte. Auf Gas könnte weitgehend verzichtet werden, allerdings würde dann der in diesen Anlagen auch produzierte Strom fehlen. Den könnte Isar 2 liefern. Die CSU im Rathaus drängt darauf schon seit November 2021 mit mehreren Anträgen auf eine längere Laufzeit des Atomkraftwerks. Bisher vergeblich, die Debatten im Stadtrat dazu verliefen emotional bis hitzig. Insbesondere der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans Theiss und der Oberbürgermeister rasselten aneinander. „Dass der OB in dieser Frage umgefallen ist, das freut mich“, kommentierte Theiss nun die Entscheidung des Aufsichtsrats. In der letzten Stadtratssitzung hätte sich Reiter geweigert, inhaltlich zu diskutieren und nur auf seinen alten „Atomkraft - Nein Danke“- Aufkleber verwiesen. „Eine späte Einsicht ist besser als gar keine. Wenn man aber früher auf uns gehört hätte, wären wir mit den Planungen schon deutlich weiter.“

Die CSU bringt nun für die nächste Vollversammlung des Stadtrats am kommenden Mittwoch einen Antrag zur dringlichen Behandlung für die Laufzeitverlänge-

zung ein. „Ich bin gespannt, ob Grün-Rot mitstimmt oder ob sie sich wieder in die Büsche schlagen“, erklärte Theiss. Eine breite Mehrheit dürfte trotz des parteipolitischen Geraufes in dieser Frage sicher sein. Auch FDP und die SPD hoben die Bedeutung der Versorgungssicherheit der Menschen hervor. „Niemand soll frieren müssen. Deshalb unterstützen wir, dass die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Isar 2 diesen Winter noch am Netz bleibt“, sagte SPD-Stadträtin Simon Burger.

Die Koalition aus Grünen und SPD schob aber dem Wunsch der CSU, möglichst gleich noch neue Brennstäbe zu kaufen und das Atomkraftwerk bei Bedarf bis 2024 oder darüber hinaus laufen zu lassen, einen mas-

siven Riegel vor. „Zu einer Lösung trägt diese Forderung in der jetzigen Lage in keiner Weise bei und ist somit nichts anderes als der Versuch, die derzeitige Krise zu instrumentalisieren, um den Atomausstieg durch die Hintertür zu kippen“, sagte Grünen-Stadtchef Joel Keilhauer. Auch OB Reiter legt sich fest, für ihn komme das „nach wie vor aufgrund der völlig ungelösten Endlagerproblematik keinesfalls in Betracht.“

### **HEINER EFFERN**

**Die CSU im Rathaus drängt darauf schon seit langem. Bisher vergeblich**

**Eine breite Mehrheit dürfte trotz des parteipolitischen Geraufes sicher sein**